

**Dringliche Interpellation SVP-Fraktion:  
«Dramatische Lage an der Ostgrenze aufgrund massenhafter illegaler Einreisen**

Die Anzahl an illegalen Grenzübertritten lässt aufhorchen: Gemäss Angaben des Bundesamtes für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG) sind im Oktober 2022 7'891 Personen aufgrund illegaler Grenzübertritte aufgegriffen worden. Gegenüber dem Vormonat September entspricht dies einer Zunahme um gut 1'200 Aufgriffe (+18 Prozent), verglichen mit Oktober 2021 (2'090 Aufgriffe) hat sich die Zahl der aufgegriffenen, illegalen Grenzübertritte fast vervierfacht.

Dabei werden die meisten illegalen Grenzübertritte an der Ostgrenze (insbesondere am Bahnhof Buchs) und an der Südgrenze (Kanton Tessin) verzeichnet. Die aufgegriffenen Migranten stammen vorwiegend aus Afghanistan und Tunesien. Gemäss offiziellen Angaben setzen viele dieser illegalen Migranten ihre Reise in andere Länder fort – eine Garantie dafür, dass die Migranten sich nicht dennoch unerkannt in der Schweiz aufhalten, gibt es nicht. Zudem entsteht der Eindruck, dass an der Ostgrenze Bundesrecht nicht umgesetzt wird. Art. 115 Abs. 1 Bst. a des Ausländer- und Integrationsgesetzes (SR 142.20; abgekürzt AIG) legt fest, dass mit Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr oder Geldstrafe bestraft wird, wer Einreisevorschriften nach Art. 5 AIG verletzt. Demgegenüber wurde wiederholt durch die St.Galler Kantonspolizei kommuniziert, dass keine rechtliche Grundlage bestehe, um illegale Migranten an einer Weiterreise zu hindern. Den illegalen Grenzübertritten wird dadurch nicht Einhalt geboten und eine abschreckende Wirkung damit verfehlt.

Eine Entspannung der Situation an der Ostgrenze ist nicht in Sicht. Eine Unterstützung des Grenzwachtkorps an der Ostgrenze ist daher dringend ins Auge zu fassen.

Wir bitten die Regierung um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Weshalb werden illegale Grenzübertritte, beispielsweise am Bahnhof Buchs, nicht entsprechend den geltenden bundesrechtlichen Bestimmungen (insbesondere Art. 115 Abs. 1 AIG) geahndet?
2. Was unternimmt der Kanton dagegen, dass illegale Migranten untertauchen und sich damit unerkannt in der Schweiz aufhalten können?
3. Ist die Regierung bereit, zur Durchsetzung der bundesrechtlichen Bestimmungen temporäre Haftanstalten einzurichten?
4. Ist die Regierung bereit, für die Entlastung der Grenzwächter an der St.Galler Ostgrenze die Unterstützung durch die Armee, insbesondere durch die Militärpolizei, anzufordern?»